



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/196 - 28. August 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881 - 88
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Ollenhauer im italienischen Fernsehen	S. 1
Alex Möller: Das Zeugnis der Anderen	S. 3
Das "Bulletin" und die Bewaffnung der Sowjetzone	S. 7
Brentanos bedingungslose Kapitulation	S. 8

Interview mit Erich Ollenhauer

sp- Das italienische Fernsehen hat im Rahmen einer Reportage über die Bundestagswahl u.a. auch den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, interviewt. Nachstehend der Text des Interviews:

Frage:

In den letzten zehn Jahren ist der soziale Stand der deutschen Arbeiter sehr gehoben. Das ist dadurch bedingt, dass die deutsche Wirtschaft ein sehr hohes Niveau erreicht und die Regierung Adenauer den sozialen Stand gefördert hat. Ich frage, Sie, Herr Ollenhauer, wenn die SPD in den letzten Jahren an der Regierung gewesen wäre, ob sie den sozialen Stand des deutschen Arbeiters noch mehr gehoben hätte und ob das nicht letzten Endes zu Lasten der deutschen Wirtschaft gegangen wäre?

Antwort:

Eine sozialdemokratische Regierung hätte dafür gesorgt, dass besonders die Schaffenden in Stadt und Land einen gerechten Anteil an dem Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik erhalten hätten. Eine Kaufkraftsteigerung der breiten Masse wirkt sich nie zu Lasten der Wirtschaft aus. Im übrigen ist es eine irriige Auffassung, dass Adenauer den sozialen Aufstieg gefördert hat. Die Renten z.B. wurden erst im Jahre 1957 unter stärkstem sozialdemokratischem Druck erhöht. Ausserdem mussten die Gewerkschaften jede Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmer erst gegen den Widerstand der Unternehmerverbände und der Regierung erkämpfen.

Frage:

Wenn nach den nächsten Wahlen die SPD an die Regierung käme, wird sie einen Sozialisierungsplan der Grundwirtschaft durchführen?
Ist es nicht gesünder vom ökonomischen Standpunkt, eine vom Staat

kontrollierte freie Wirtschaft zu haben als eine Verstaatlichung der Wirtschaft?

Antwort:

Eine sozialdemokratische Regierung wird durch eine vernünftige Finanz- Steuer- und Wirtschaftsgesetzgebung dafür sorgen, dass bei stabiler Währung und bei stabilen Preisen der Lebensstandard für alle erhöht werden kann. Die heute schon wieder in der Bundesrepublik existierenden grossen Wirtschafts- und Kapitalzusammenballungen sollen öffentlich zugunsten der Allgemeinheit kontrolliert werden. Die SPD befürwortet den freien Wettbewerb und sie fördert und schützt das kleine und mittlere Eigentum in der Wirtschaft. Die Verstaatlichung der Wirtschaft ist kein Ziel der Sozialdemokratie.

Frage:

Zu welchen westlichen Verträgen wird die SPD nach einem Wahlsieg stehen? Wird die SPD die NATO-Verträge einhalten und wird durch eine eventuelle Nichteinhaltung der Verträge die ganze Verteidigungskraft des Westens zusammenbrechen und dadurch der Westen der Osten ausgeliefert werden?

Antwort:

Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird die sich aus den Verträgen ergebenden Verpflichtungen anerkennen. Das trifft sowohl auf die wirtschaftlichen Verträge wie Montan-Union, Euratom und Gemeinsamer Markt zu, wie auch auf den NATO-Vertrag. Selbstverständlich wird sie von den in den Verträgen gegebenen Revisionsmöglichkeiten Gebrauch machen, wenn es nach ihrer Auffassung das deutsche Interesse erfordert. Das gilt vor allem für den NATO-Vertrag. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor der Auffassung, dass die Einbeziehung der Bundesrepublik in NATO eines der Haupthindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands ist. Eine sozialdemokratische Regierung wird daher gemeinsam mit den Westmächten den Versuch unternehmen, ein allgemeines europäisches Sicherheitssystem auf der Grundlage des wiedervereinigten Deutschlands zum Verhandlungsgegenstand mit der Sowjetunion zu machen. Ein solches Sicherheitssystem soll an die Stelle der jetzigen Zugehörigkeit der beiden Teile Deutschlands zur NATO bzw. zum Warschauer Pakt treten. An dem geplanten europäischen Sicherheitssystem sollte das wiedervereinigte Deutschland mit allen Rechten und Pflichten teilnehmen. Wer unter allen Umständen an der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands festhält, verhindert die Wiedervereinigung Deutschlands. Ein europäisches Sicherheitssystem würde der freien Welt mehr Sicherheit geben als die gegenwärtige militärische Blockpolitik auf beiden Seiten.

* * *

Das Zeugnis der Anderen

Von Alex Möller

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg

Man kann der Bonner Regierungskoalition nicht verübeln, dass sie sich bemüht, aus der noch vorhandenen von uns allen beeinflussten Wirtschaftsblüte den Honig neuer Bundestagsmandate zu saugen. Es wäre zu viel verlangt, wollte man erwarten, dass die in acht Jahren Staatsmacht verwöhnten Halbstarke (halbstark in Bezug auf unsere internationale Bedeutung und Wertung) der christlichen Tugend einer auch sich selbst verleugnenden Wahrheitsliebe im Wahlkampf um weitere vier Jahre Herrscherseins eine verpflichtende Vorrangstellung einräumen. Aber es muss doch hinzugefügt werden, dass die Bonner Regierungspolitiker mit ihren Kanonaden der Verunglimpfungen und dem Flickwerk der Vereinfachungen die Grenzen einer solchen wenig staatspolitischen Betätigung dort zu respektieren haben, wo die allgemeine Glaubwürdigkeit der Demokratie mit allen Fernwirkungen auf dem Spiel steht.

Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit die Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht sind, wenn man beabsichtigt, das Grundgesetz eines demokratischen Staates wegzudiskutieren, dass nämlich die staatsbejahende Opposition als legitimer Nachfolger der Regierungskoalition, die sich der Kontrolle der Neuwahlen stellen muss, zu gelten hat. Nur zwei Fragen: Was hat die Demokratie in unserem Lande noch für eine innere Berechtigung, wenn nur die CDU-Regierungs- und Staatspartei sein soll und darf? Und was für unnötige internationale Spannungen werden zu unser aller Schaden erzeugt, wenn man der Suggestion verfällt, allein der einundachtzigjährige Konrad Adenauer sei der deutsche Garant einer echten Verbundenheit mit der freien Welt?

Jede Bundesregierung, die durch das Resultat des 15. September möglich wird, hat es schwer. Erst nach diesem Tage beginnt wieder der Ernst des Handelns. Bundesfinanzminister Schäffer begleitete nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes 1957 in einer Pressekonferenz die Verworrenheit seiner und der Regierung Adenauer Finanzpolitik mit

dem beachtlichen Stoßeufzer:

"Gott segne meinen Nachfolger"

Dieser fromme Wunsch ist verständlich, wenn man alle Tatbestände kennt, die den der SPD gewisse nicht nahestehenden Sünd der Steuerzahler in dem Schnellbrief vom 13. Mai 1957 zu folgender eindeutiger Feststellung veranlassen:

"Die Finanzpolitik Schäffers kann heute als restlos gescheitert angesehen werden".

Das ist doch wohl ein vernichtendes Urteil einer parteipolitisch nicht gefesselten, dafür aber in diesen Fragen unzweifelhaft sehr sachverständigen Organisation. Es lässt sich aus Veröffentlichungen von Experten der deutschen Finanz- und Wirtschaftszeitungen un schwer ergänzen. So schreibt das "Handelsblatt" am 8. April 1957 in einer eingehenden Untersuchung der Finanzpolitik der Bundesregierung und ihres Herrn Schäffer:

"Die Zahlen der Statistik bedürfen keiner Deutung. Sie widerlegen "unschwer" die "Schäffer-Zahlen" und bestätigen das Urteil: Die Finanzpolitik, ohne jede finanz- und steuerpolitische Konzeption als die des blossen Kassendenkens hat zu der immer stärkeren und für die Zukunft noch gar nicht überschaubaren Ausweitung der öffentlichen Haushalte geführt, die Wirtschaft und Währung gefährdet. Das Wahrzeichen dieser Finanzpolitik ist das Danaidenfaß".

Was muss man eigentlich in der Bundesrepublik Deutschland als Minister tun, um den Wahltag als Rückzahltag zu erleben ?

Da ist der Streit um die Preis- und Währungsstabilität. Wenn Sozialdemokraten die bedenkliche Lage und das offensichtliche Versagen der Bundesregierung feststellen, dann fällt man über uns her und verweist auf andere Länder. Wie primitiv ! Im Juni 1948 erfolgte in Deutschland zum zweiten Mal innerhalb eines Abschnitts von nur 25 Jahren die sogenannte Finanz- und Währungsreform. Da 1 langt es doch wahrhaftig, wenn die "Süddeutsche Zeitung", München, am 6. März 1957 folgendes feststellt:

"Im Monatsbericht der Notenbank für Januar 1957 ist auf Seite 49 eine Statistik abgedruckt, aus der hervorgeht, dass das "allgemeine Preisniveau" vom Jahre 1950 bis zum

28. August 1957

Jahre 1956 um 20 v.H. gestiegen ist. Das entspricht genau einem Kaufkraftverlust der Deutschen Mark um 18 v.H."

Ein Vergleich mit anderen Ländern ist überhaupt undiskutabel, da man dort eben nicht 1923 und 1948 eine totale Neuordnung der Währung vorgenommen hat. Wäre das irgendwo in der westlichen Welt zweimal in 2 1/2 Jahrzehnten geschehen, dann liesse sich vergleichen. Man muss über die Selbstgerechtigkeit (oder die gewollte Blindheit) der Wahlpropagandisten der Bonner Regierungskoalition den Kopf schütteln, wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält oder wenn man die 49 Seiten starke Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, betitelt "Marktwirtschaft gegen Inflation", durchblättert und ihr auch Seite 31 entnimmt, dass nach Ansicht dieser bekanntlich nicht der SPD angehörenden Herren

"die zweite Legislaturperiode keine folgerichtige Weiterentwicklung der in der ersten Sitzungsperiode geschaffenen marktwirtschaftlichen Grundlage brachte, der Wirtschafts-, der Finanz- und Sozialplan der notwendige innere Zusammenhang fehlt, seine soziale Marktwirtschaft durch Interessentengruppen und sogenannte gezielte Massnahmen der Regierung durchlöchert wurde, die D-Mark an Stabilität verliert".

"Der Bevölkerung der Bundesrepublik wird ein falscher Wohlstand vorggaukelt", so kennzeichnen die Selbständigen Unternehmer die Politik der Bundesregierung. Es kommt in diesem Zusammenhang nicht darauf an, die Motive zu untersuchen, die einen solch massiven Angriff veranlasst haben. Die Feststellung allein zählt, ragt zum Nachdenken an und führt dann zu dem Dreh- und Angelpunkt unserer weiteren Entwicklung und unseres Schicksals; was würde mit einer neuen Aufguss der CDU-Bundesregierung nach dem 15. September werden, wenn die einer Wahlkriegslist entsprungene Preisstop-Zusagen ablaufen, wenn wieder durchgreifende Massnahmen zur Angebotssteigerung auf dem Inlandsmarkt mit entsprechendem Preisdruck ausbleiben, wenn eine überhitzte Rüstungspolitik Milliarden beansprucht, und zwar ohne Rücksicht auf den privaten Bedarf der Haushaltungen und auf die Notwendigkeiten ziviler Investitionen einschliesslich solcher für Wissenschaft und Forschung?

Mit voller Absicht habe ich diese Zeilen auf Zeugnisse aus dem nicht sozialdemokratischen Lager gestützt. In Beantwortung

28. August 1957

Jahre 1956 um 20 v.H. gestiegen ist. Das entspricht genau einen Kaufkraftverlust der Deutschen Mark um 18 v.H."

Ein Vergleich mit anderen Ländern ist überhaupt undiskutabel, da man dort eben nicht 1923 und 1948 eine totale Neuordnung der Währung vorgenommen hat. Wäre das irgendwo in der westlichen Welt zweimal in 2 1/2 Jahrzehnten geschehen, dann liesse sich vergleichen. Man muss über die Selbstgerechtigkeit (oder die gewollte Blindheit) der Wahlpropagandisten der Bonner Regierungskoalition den Kopf schütteln, wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält oder wenn man die 49 Seiten starke Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, betitelt "Marktwirtschaft gegen Inflation", durchblättert und ihr auch Seite 31 entnimmt, dass nach Ansicht dieser bekanntlich nicht der SPD angehörenden Herren

"die zweite Legislaturperiode keine folgerichtige Weiterentwicklung der in der ersten Sitzungsperiode geschaffenen marktwirtschaftlichen Grundlage brachte, der Wirtschafts-, der Finanz- und Sozialplan der notwendige innere Zusammenhang fehlt, seine soziale Marktwirtschaft durch Interessentengruppen und sogenannte gezielte Massnahmen der Regierung durchlöchert wurde, die D-Mark an Stabilität verliert".

"Der Bevölkerung der Bundesrepublik wird ein falscher Wohlstand vorgegaukelt", so kennzeichnen die Selbständigen Unternehmer die Politik der Bundesregierung. Es kommt in diesem Zusammenhang nicht darauf an, die Motive zu untersuchen, die einen solch massiven Angriff veranlasst haben. Die Feststellung allein zählt, regt zum Nachdenken an und führt dann zu dem Dreh- und Angelpunkt unserer weiteren Entwicklung und unseres Schicksals; was würde mit einem neuen Aufguss der CDU-Bundesregierung nach dem 15. September werden, wenn die einer Wahlkriegslist entsprungenen Preisstop-Zusagen ablaufen, wenn wieder durchgreifende Massnahmen zur Angebotssteigerung auf dem Inlandsmarkt mit entsprechendem Preisdruck ausbleiben, wenn eine überhitzte Rüstungspolitik Milliarden beansprucht, und zwar ohne Rücksicht auf den privaten Bedarf der Haushaltungen und auf die Notwendigkeiten ziviler Investitionen einschliesslich solcher für Wissenschaft und Forschung ?

Mit voller Absicht habe ich diese Zeilen auf Zeugnisse aus dem nicht sozialdemokratischen Lager gestützt. In Beantwortung

dieser Fragen schliesse ich daher auch mit einem Zitat von Walter Dirks aus Heft 8 (August 1957) der "Frankfurter Hefte":

"Eine Wachablösung ist längst fällig, sei es durch einen anderen Mann, sei es durch eine andere Partei. Es ist höchste Zeit, dass die deutsche Sozialdemokratie aus ihrem Schmollwinkel herauskommt, und zwar nicht "an die Macht", wohl aber zu der Gelegenheit, in der Regierungsverantwortung zu zeigen, was sie kann. Die Gefahren, die in einer dauernden Fixierung der CDU-Übermacht liegen, sind gross: für die CDU selbst, für die christlichen Kirchen, für die Bundesrepublik".

* * *

Jetzt verdoppelte Ehrlichkeit und Anstrengungen bei den Abrüstungsverhandlungen

"Wenn die Sowjets auch zur Zeit einen Vorsprung haben, so werden sie ihn sicher nicht lange behalten. Jede neue Zerstörungswaffe unterstreicht jedoch, wie dringend notwendig es ist, dass die Londoner Abrüstungsverhandlungen zu einem Erfolg führen. Ich hoffe, dass die sowjetische Ankündigung eine verdoppelte Ehrlichkeit und Anstrengung aller Regierungen, die an den Londoner Abrüstungsverhandlungen teilnehmen, zur Folge haben wird, so dass ein Abkommen über Fernraketen nicht den gleichen Schwierigkeiten begegnet wie das über Atomwaffen."

John Diefenbaker, kanadischer Ministerpräsident, zur Ankündigung der Sowjets, dass sie über eine interkontinentale Fernrakete verfügen.

* * *

Zusammen leben - oder zusammen sterben

"Da ist also wieder eine wichtige Etappe dieses verrückten Rüstungswettrennens zurückgelegt. Die Welt ist gefährlicher, die Zukunft düsterer, die Menschheit unruhiger geworden ... Wir im Westen sind nicht in der Lage, die Sowjets zu überzeugen oder zu besiegen. Am weisesten ist es daher, uns an die Sowjetunion anzupassen. Mit ein wenig politischer Realismus, an dem es uns in gefährlicher Weise mangelt, würden wir das verstehen. Aber wir ziehen es vor, auf der Diplomatie der Wunschbilder zu beharren, auf einer Diplomatie, die immer noch nicht gemerkt hat, dass es ein China gibt ... Zur Zeit der Atombombe sind die Völker jedoch dazu verurteilt, zusammen zu leben oder - zusammen zu sterben. Wenn wir nicht die zweite Möglichkeit akzeptieren, ist es höchste Zeit, organisatorische Vorkehrungen zu treffen, damit man miteinander leben kann."

Die französische unabhängige sozialistische Zeitung "Combat" zur interkontinentalen Fernrakete der Sowjets.

* * *

- 7 -

Wer hat nun Recht?

sp. In regierungsamtlichen "Bulletin" vom 20. August 1957 befindet sich eine Veröffentlichung unter der Überschrift: "Wer bedroht den Frieden?" Darin werden Angaben über die Bewaffnung der Sowjetzone gemacht und es wird behauptet, die bewaffneten Kräfte in Mitteldeutschland hätten eine Gesamtstärke von 393 000 Mann.

Auf diese Zahl ist das "Bulletin" dadurch gekommen, dass es zu der höchst unstrittenen Zahl von 110 000 Mann der sogenannten Nationalen Volksarmee eine wiederum unstrittene Zahl über die Stärke der Grenzpolizei in Höhe von 40 000 addierte und die mit der Kampfkraft einer aktiven Truppe keineswegs vergleichbaren 215 000 Mann der sogenannten SED-Kampfgruppen hinzuzählte.

Andere Stellen der Bundesregierung, die offensichtlich besser informiert sind, geben ganz andere Zahlen an. "Volksarmee" 87 500 bis 88 500 Mann, bestehend aus 70 000 Mann Heer, 7 500 Mann Luftwaffe, und 10 bis 11 000 Mann Marine. In Fachkreisen werden die SED-Kampfgruppen aus naheliegenden Gründen im allgemeinen nicht in den Begriff "Bewaffnung der Sowjetzone" eingereicht. Wie ja auch niemand auf den Gedanken käme, in der Bundesrepublik alle möglichen Polizeitruppen, bewaffnete Grenzschutzverbände oder die ebenfalls bewaffneten Dienstgruppen der Alliierten in Deutschland zu den Truppenbeständen der Bundeswehr hinzuzuzählen.

Es ist keineswegs unsere Absicht, die verhängnisvolle Bedeutung der sogenannten Nationalen Volksarmee in der Sowjetzone verniedlichen zu wollen. Sie ist und bleibt einer der Gefahrenherde im gespaltenen Deutschland; ihre Kämpfer werden von einer verantwortungslosen Regierung dazu erzogen, gegebenenfalls auch einen Bruderkrieg zu führen. Verdächtig erscheint uns lediglich der Eifer, mit dem man im "Bulletin" militärische Additionsspiele aufführt. Mit dem "Bulletin" in der Hand reisen nämlich seit dem 20. August die Wahlredner der CDU im Lande herum und begründen mit den darin aufgeführten unstrittenen Zahlen die weiteren geplanten Aufrüstungsmaßnahmen der jetzigen Bundesregierung.

Immerhin wäre es jedoch interessant genug, zu erfahren, welche Regierungsstelle nun über die richtigen Zahlenangaben zur Bewaffnung der Sowjetzone verfügt.

Abpiff

ler - Wohl die Angst vor dem Wähler und kaum die bessere Einsicht hat den Aussenminister von Brentano zur Zurücknahme seines unmöglichen und provokativen Verbots eines Sportverkehrs mit Sportlern aus den Ostblockstaaten bewogen. Wie seinerzeit im Falle des niedersächsischen Kultusministers Schlüter setzte sich die öffentliche Meinung durch. Die Presse aller Schattierungen, sofern sie nicht ganz unter CDU-Botmäßigkeit steht, hielt mit ihrer Empörung nicht zurück. Sie bewies Mut und bessere Einsicht als der derzeitige Lenker der bundesrepublikanischen Aussenpolitik. Ein besonderes Lob aber gebührt den deutschen Sportorganisationen und ihren Führern. Das aus Dummheit, Ignoranz und Anmassung erlassene Verbot verletzte ihren sportlichen Adelsinn und beleidigte ihre Gefühle für Fairness.

Angesichts der bevorstehenden Wahlen vollzog der Aussenminister eine bedingungslose Kapitulation. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als alles wieder zu dementieren, was er grosspurig vorher angekündigt hatte. Dennoch soll diese Episode nicht unvergessen bleiben. Sie ist symptomatisch. Sie beweist mit erschreckender Deutlichkeit, was Geistes Kind massgebliche Vertreter der jetzigen Regierung sind. Sie beweist aber auch, wie wichtig für unser Ansehen es ist, stets den Geist des Widerstandes gegen obrigkeitliche Willkür und Borniertheit zu pflegen. Sonst droht alles unter die Dampfwalze von Dummheit, gemischt mit Arroganz zu geraten. Was gelten schon dieser Regierung sportliche Ideale und der Wille der deutschen Jugend, über alle Abgründe hinweg Brücken der Verständigung zu schlagen? Beides tritt sie mit Füssen - sofern sie niemand daran hindert.

Auch dies steht am 15. September zur Entscheidung. Die Freiheit des Sports und der sportlichen Beziehungen muss erhalten bleiben, wenn sich nicht eine staatliche Allmacht etablieren soll, die das Streben der deutschen Jugend nach Berührung und Messen ihrer Kräfte mit der Jugend aller Völker von West und Ost in das Prokustesbett von Verboten erstickt. Dies verträgt sich nicht mit dem wahren Geist des Abendlandes, den der Bundesausserminister so oft zu zitieren beliebt, den er aber durch sein Verbot verraten hat.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel